

MENSCH. BILDUNG. GESELLSCHAFT.



DER AFOS-NEWSLETTER FÜR DIE
SOZIALPÄDAGOGISCHE BILDUNGSARBEIT

Themenheft: "Mittelschicht und Bildungsbürgertum"



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

wie Sie unschwer erkennen können, haben wir unserem Newsletter ein neues Outfit verpasst. Redaktion und Herausgeber kamen zur Erkenntnis und zum Entschluss, Abstand zu nehmen von dem allgemeinen und viel benutztem Begriff „Newsletter“ und diesen durch die Kombination „Mensch – Bildung – Gesellschaft“ zu ersetzen, um auch den Inhalt und unsere Intention deutlicher zu benennen: AFOS ist ein Bildungsverein, der sich die (sozial)pädagogische Arbeit mit oftmals in prekären Lagen lebenden Menschen(gruppen) unter spezifischen gesellschaftlichen Lebensbedingungen zur Aufgabe gemacht hat. Die Zeitschrift soll dabei Unterstützung geben für die praktische Arbeit sowie die kritische Reflexion des eigenen Handelns. So hat z.B. diese Ausgabe den Schwerpunkt „Gesellschaft“, was auch im Theoriebeitrag zur Sozialstruktur und in der Buchbesprechung zum gesellschaftlichen Wandel durch die Pandemie zum Ausdruck kommt. Die nächste Ausgabe soll den Schwerpunkt

IN DIESER AUSGABE:

Liebe Leserinnen... S.1-2
Neustart für den
Newsletter &
Aktuelles

Dauerbrenner S.2-5
In welcher
Gesellschaft / Welt
leben wir eigentlich?

Rückblick S.5-6
Jugend und Drogen

Theoriebeitrag S.6-9
Mittelschicht und
Bildungsbürgertum

Das aktuelle Buch S.9-11
Christoph
Butterwegge (2022):
Die polarisierende
Pandemie.

Gastbeitrag S.11-13
Genesungsbegleitung

Ausblick S.14



Hochwasser im Ahrtal, 2021

„Mensch“ haben und sich dem Thema „Menschenbild und Menschenrechte“ zuwenden (vgl. auch die Vorschau in diesem Heft).

Wir leben im Jahr 2022. Vor genau 50 Jahren, 1972, war die erste globale Umweltkonferenz in Stockholm mit dem anspruchsvollen Ziel, „die Welt zu retten“. 1972, zur „UNO-Weltkonferenz für die menschliche Umwelt“ kamen damals 1200 Delegierte aus 112 Regierungen bzw. Ländern. Nun traf man sich 50 Jahre später zur Jubiläumskonferenz „Stockholm 50“. 1972 erschien auch der viel diskutierte Bericht des Club of Rome zum Thema „Die Grenzen des Wachstums“ und bei mir zuhause steht der Klassiker aus dem selben Jahr im Buchregal: „Small is beautiful“ von Ernst F. Schumacher.

Damals war bereits die Rede davon, dass wir den „Raubbau an der Natur“ bzw. das Waldsterben und die Luftverschmutzung nicht fortsetzen dürfen, dass wir eine dringend notwendige „geistige Umwälzung kopernikanischen Ausmaßes“ benötigen. Obwohl die Begriffe „Ökologie“ und „Nachhaltigkeit“ im politisch-öffentlichen Diskurs noch unbekannt waren, ebenso wie die Partei „Die Grünen“ – die Themen waren ähnlich wie heute, passiert ist wenig. „Fridays for future“ und ihre Warnungen und Appelle sind angesichts des Ukraine-Krieges verpufft, die Rüstungs- und Kriegsdebatte verdrängt den Diskurs über die „Klimakatastrophe“. Und das Ganze geschieht unter den Bedingungen einer diffusen globalen Pandemie, die ihr Gesicht ständig ändert und die der Medizinforschung scheinbar immer einen Schritt voraus ist. Zu fragen ist: Wie lässt es sich (noch) vernünftig leben und wie kommen wir da raus aus dem „Bermuda-Dreieck“ von Klimakatastrophe, Krieg und Corona? "Die Natur schlägt zurück"? Woran können wir uns noch orientieren? Diese gegenwärtige allgemeine gesellschaftliche Verunsicherung wirkt auf die Sozialstruktur und sozio-psychische Verfasstheit unserer Gesellschaft und ihrer Mitglieder zurück. Wir vom Newsletter fragen ja stets und immer wieder: In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Es ist immer wieder in Medien und in Öffentlichkeit und Politik die Rede von der „Mitte der Gesell-

schaft“ bzw. von gesellschaftlichen Phänomenen und Ereignissen (z.B. der Rechtsradikalismus), die (real oder angeblich) in die Mitte der Gesellschaft drängen oder aus ihrer Mitte kommen. Insgesamt hat sich in den letzten Jahrzehnten die Sozialstruktur unserer Gesellschaft ständig verändert und es haben sich auch neue Milieus herausgebildet. Durch höhere Bildung und sozialen Aufstieg hat sich in wenigen Jahrzehnten das „Bildungsbürgertum“ einen zentralen Platz in der (Mitte der?) Gesellschaft gesichert, andererseits hat sich eine von Armut bedrohte Gruppe, die „prekäre Mittelschicht“ mit ihren Ängsten vor Armut und sozialen Abstieg herausgebildet. Die Gesellschaft driftet auseinander. Schon jetzt wird überdeutlich, wie diese Veränderungen in der Gesellschaft durch die Corona-Pandemie einen weiteren Schub erhalten und dadurch die sozialen, ökonomischen und politischen Ungleichheiten verstärkt werden. Ein weiterer Impuls in diese Richtung werden sicher die politisch angeordneten Maßnahmen in der Folge des Ukraine-Krieges und der wirtschaftlichen Sanktionen des „Westens“ und speziell Deutschlands im Winter haben. All diese Themen und Probleme werden hier im Newsletter behandelt: Eine Buchbesprechung zu „Die polarisierende Pandemie. Deutschland nach Corona“; unsere übliche Rubrik „In welcher Gesellschaft/ Welt leben wir eigentlich?“, die – zeitgeschichtlich bedingt – dieses Mal etwas umfangreich ausgefallen ist und noch durch einen Rückblick auf „Jugend und Drogen“ (vgl. Thema des letzten Newsletters) ergänzt wird. Der Theoriebeitrag zum Thema „Mittelschicht und Bildungsbürgertum“ soll zur Diskussion anregen, sind wir doch alle irgendwie Mittelschichtangehörige, oder? Ein weiterer Beitrag wirft ein ganz anderes Bild auf ein Thema, das zukünftig wohl in unserer Gesellschaft an Bedeutung gewinnen wird – „Genesungsbegleitung“.

IN WELCHER GESELLSCHAFT LEBEN WIR EIGENTLICH?

VON HARTMUT M. GRIESE

***"Die einzige Hoffnung auf Unsterblichkeit
liegt im Schreiben von Büchern"***

Zur Bevölkerungssituation in Deutschland

Laut Statistischem Bundesamt leben in Deutschland gegenwärtig (2021) unter den insgesamt 83,2 Millionen Einwohnern mehr als 24 Millionen Menschen über 60 Jahre, das sind knapp 30 %. Ein knapper Bevölkerungsanstieg von 0,1 % ist auf die Netto-Einwanderung von 317.000 Menschen zurückzuführen. Auf der anderen Seite erhöhte sich der „Überschuss der Sterbefälle“ auf 228.000. Die Zahl der

Kinder und Jugendlichen bis 20 Jahre nahm 2021 leicht zu auf 15,4 Millionen. 13,1 % sind Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (2020 waren es 12,7 %). In anderen Zahlen: 2021 lebten 10,9 Millionen Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit in unserer Gesellschaft. Als Prozess betrachtet nimmt die Bevölkerung in Westdeutschland tendenziell zu, z.B. um 98.000 im Jahr 2021, während sie in den „neuen Bundesländern“ um 80.000 Menschen abnahm. Insgesamt leben nur noch 12,5 Millionen Menschen im Gebiet der ehemaligen DDR – bei ursprünglich über 16 Millionen Einwohnern. Aderlass nennt man das.

Weltweite Ungleichheit auf Höchststand

Weltweit wächst vor dem Hintergrund der Klimakrise sowie der Corona-Pandemie und den Auswirkungen auf die Globalisierung die Armut. Die ärmsten 20 % der Weltbevölkerung traf diese Entwicklung am härtesten, sagte die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte. Die Ungleichheit hat einen neuen Höchststand erreicht und die Schuldenberge nehmen zu, mehr als 300 Milliarden US-Dollar müssen allein für die Bedienung von Darlehen aufgebracht werden – Wahnsinn, aber über den fälligen Schuldenerlass wird nicht einmal ernsthaft diskutiert. Quo vadis Menschheit?



Reiche und Superreiche werden immer mehr

Die weltweiten Vermögen sind während der Corona-Pandemie auf ein neues Rekordhoch angestiegen. Die Unternehmensberatung Boston Consulting Group teilt dazu in ihrer Studie mit: 25.800 sog. „Superreiche“ leben in den USA und besitzen ein Vermögen von mehr als 100 Mill-

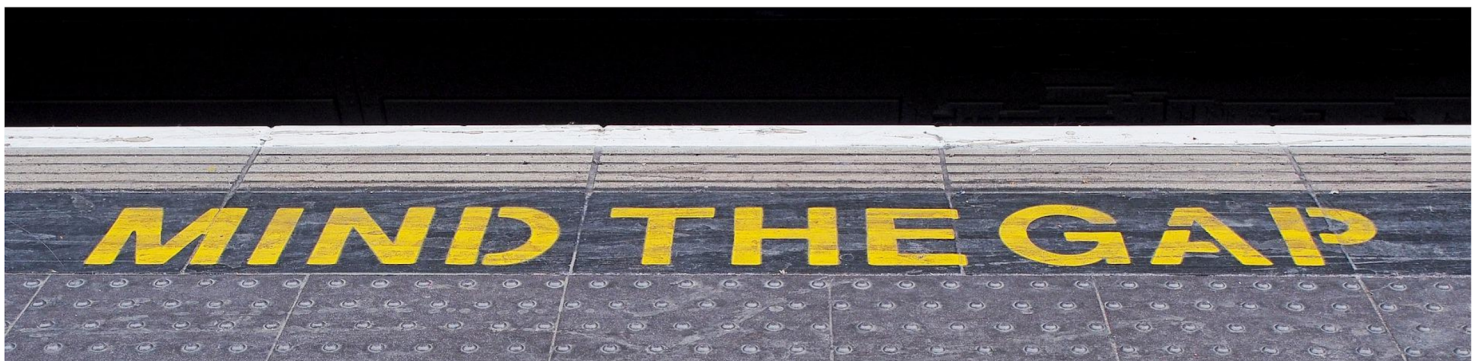
en, Gold, Gemälde, Immobilien. Die Studie fasst zusammen: „Die Wohlstandsentwicklung ist erstaunlich robust; selbst vor dem Hintergrund der geopolitischen Turbulenzen werden die Vermögen weiter anwachsen“. Dazu passt die Überschrift in DIE ZEIT vom 25. Mai 2022: „Die Weltwirtschaft rutscht in die Krise, Hunger und Armut nehmen zu. Aber es gibt auch eine gegenläufige Entwicklung: Die Zahl der Milliardäre steigt – und sie werden schneller reich als je zuvor“.

Ökonomische Ungleichheit auf neuem Rekordniveau

Die Corona-Pandemie hat wie ein Katalysator die bestehenden sozialen und ökonomischen Verhältnisse verstärkt, d.h.: die Armut ist in Richtung gesellschaftliche Mitte vorgedrungen und umfasst mittlerweile 16,6 % der Bevölkerung; das Vermögen konzentriert sich stärker als zuvor in wenigen Händen.

In anderen Worten: Die Armen sind ärmer und mehr geworden; die Reichen sind reicher und ebenfalls mehr geworden. Diese Fakten und Tendenzen teilt der „Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes“ im Frühsommer 2022 mit. Experten empfehlen eine dringend notwendige andere Sozialpolitik, um Armut zu bekämpfen sowie eine soziale und gerechte Steuerpolitik, um den Reichtum zu begrenzen.

Kurzum: Die materiell und ökonomisch besser gestellte Minderheit der Reichen und Superreichen sollte zum Wohle der Mehrheit und damit des sozialen Friedens in der Gesellschaft zur Kasse gebeten werden – arm wird dadurch niemand. Attac fordert nun einen „Corona-Lastenausgleich“ von den Reichsten bzw. Corona-Gewinnern und macht sich Gedanken um eine „Vermögensteuer-Kampagne“ (zu Attac vgl. letzte Ausgabe des Newsletter).



Die Einkommenskluft (engl. income gap) steigt weltweit rasant an.

ionen Dollar. In Deutschland besitzen die Vermögenden (3.100 „Oligarchen“) mittlerweile mehr als ein Fünftel des gesamten Finanzvermögens in Form von Aktien, Wertpapier-

Erstmals über 100 Millionen Flüchtlinge

So viele Menschen wie nie zuvor sind gegenwärtig auf der Flucht. Das UN-Flüchtlingswerk (UNHCR) nennt über 100

Millionen und spricht von einem „dramatischen Meilenstein“ in der Menschheitsgeschichte. Der Krieg in der Ukraine sowie die Situation in Afghanistan, Syrien, Mali, Jemen usw. haben die Zahl anschwellen lassen. Die millionenfache Flucht aus der Ukraine ist dabei die größte und am schnellsten wachsende Ursache seit der Gründung der UNHCR im Jahre 1951.

Die Zahl der Flüchtlinge hat sich dabei in den letzten Jahren verdoppelt, und es ist kein Ende dieses Prozesses in Sicht – im Gegenteil. Hauptherkunftsländer der Flüchtlinge sind derzeit die Ukraine (7,2 Mill.), Syrien (6,8 Mill.) und Venezuela (4,6 Mill.). Bei „Flüchtlingen im eigenen Land“ liegt Kolumbien mit 8,2 Mill. Knapp vor der Ukraine mit 8,2 Mill. Und Syrien mit 6,7 Mill. Bei den „Aufnahmeländern“ liegt die Türkei mit 3,8 Mill. Mit Abstand an der Spitze, Deutschland verzeichnet 1,3 Mill.

TAXMENOW!



Es geht auch anders - Taxmenow

Die 30-jährige zukünftige Mehrfachmillionärin und BASF-Erbin Marlene Engelhorn möchte gerne „90% ihres Vermögens zurückgeben“ und „fordert höhere Steuern für die Reichen“. Im Interview (FAS vom 19. Juni 2022) sagt sie u.a.: „Ich möchte gerecht besteuert werden ... Deshalb habe ich mit anderen Millionärinnen und Millionären den Verein ‚Taxmenow‘ gegründet, der sich für die angemessene Besteuerung von Erbschaften und Vermögen einsetzt ... Ich kenne kein sauberes Geld. Hinter solchen Vermögen stehen Geschichten des Raubs, der Ausbeutung und der Vernichtung ... Bill Gates hat mehr Macht als manche Staaten. Das ist nicht in Ordnung ... Man wird nicht durch Arbeit reich ... Menschen werden reich, weil sie schon reich sind.“

Vermögensabgabe und Umverteilung – geht doch

Der CDU-Finanzminister Fritz Schäffer erließ 1952 (!) die größte Umverteilungsmaßnahme in der Geschichte Deutschlands: den „Lastenausgleich“, eine einmalige Abgabe von 50% des Vermögens. Mit diesem Geld wurde u.a. der Wiederaufbau nach dem Krieg finanziert und die Basis für das „Wirtschaftswunder“

gelegt (vgl. DIE ZEIT vom 31. März 2022).

In Zeiten der staatlichen Hochverschuldung und der Verteuerung der Lebenskosten bzw. der Inflation als Folge des Ukraine-Krieges bzw. des Russland-Embargos wird zu Recht öffentlich-medial gefragt: „Wer soll das bezahlen?“. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat errechnet: 10 % Abgaben von Vermögen würden 170 Milliarden einbringen. Betroffen davon seien ca. 300.000 Deutsche bzw. die 5 %, die 40,75 % des Gesamtvermögens besitzen – europäische Spitze.

Deutschland – ein Steuerparadies für Erben

Etwa die Hälfte der deutschen Bevölkerung erbt nichts – oder eben Schulden. „Dafür erhalten 8 % aller Erben 40 % des vererbten Gesamtvermögens“. 300 Milliarden Euro werden insgesamt jährlich vererbt - zum Vergleich: Der Bundesetat für 2022 beträgt 450 Milliarden. Große Vermögen werden selten erarbeitet, eher vererbt, aber nur 5 % der Erben zahlen dafür Steuern. Unsere Steuergesetze lassen das legal zu. Bis 1996 wurden große Vermögen in Deutschland versteuert, dann wurde die Vermögenssteuer abgeschafft – es ging doch!? Mittlerweile ist Deutschland ein Steuerparadies für Erben (vgl. der Freitag vom 19. Mai 2022).

„Bericht-Saison“ in Deutschland

In jüngster Zeit erschienen gleich 3 (in Worten: drei) Bilanzen zu bestimmten Feldern der Politik in Form von Berichten: Der „Bildungsbericht 2022“ des Wissenschaftsministeriums mit dem Hauptergebnis, dass die Lese-, Schreib- und Rechenkompetenzen der Grundschüler in Folge der coronabedingten Schulschließungen dramatisch gesunken sei und dass psychische Probleme und Auffälligkeiten häufiger zu beobachten waren. Ferner offenbarte der soeben erschienene „Bildungstrend 2021“ ebenfalls ein trauriges Erkenntnis, da der Anteil der Kinder, die nach der Grundschule den Mindeststandards für weiterführende Schulen nicht erreichen, signifikant gestiegen ist. Zusätzlich haben sich die „sozialen und zugewandlungsbezogenen Disparitäten“ verstärkt. Dies wird ergänzt durch den „Armutbericht 2022“, der eine Vertiefung der sozio-ökonomischen Spaltung in Deutschland belegt. 17 % der Bevölkerung gelten als arm – das ist ein neuer Höchstwert! Deutlich wird im Bericht, dass die Pandemiemaßnahmen die unterschiedlichen Schichten bzw. Milieus auch unterschiedlich trafen: Geringverdiener, Alleinerziehende und kinderreiche Familien leiden besonders schwer unter Armut. „Noch nie hat sich die Armut in jüngerer Zeit so rasant ausgebreitet wie während der Pandemie“ (Schneider vom Paritätischen Gesamtverband).

Armut und Wohnraum

Während auf der einen Seite die Armut tendenziell zunimmt und etwa 16 % der Bevölkerung betrifft, werden auf der anderen Seite bezahlbare Wohnungen immer seltener und die notwendige Zahl an Wohnungsneubauten geht wegen geringer Profitchancen zurück. Bundesweit gibt es nur noch 1,1 Millionen Sozialwohnungen – das ist historischer Tiefstand. Das sind in Kürze die Erkenntnisse aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage. Und nun noch Inflation, drastisch steigende Lebensmittel- und Energiepreise – und der nächste Winter kommt (bestimmt). „Die soziale Zeitbombe tickt“?!

„Höchst unsoziale Inflation“

Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sagt mit Blick auf die aktuelle Finanzsituation vieler Familien: „Wir sehen derzeit eine höchst unsoziale Inflation“. Die finanzielle Belastung der Haushalte der unteren Schichten ist mittlerweile etwa fünfmal höher als die der einkommensstarken Haushalte. Eine Studie im Auftrag des Diakonischen Werkes belegt, dass die einkommensschwachen 20 % der Bevölkerung ca. 62% ihres Budgets für Nahrungsmittel, Wohnen und Energie ausgeben, also für Waren des Grundbedarfs, die tendenziell gegenwärtig immer teurer werden. Die staatlichen Entlastungsprogramme können diese Belastungen nicht ausreichend kompensieren.

RÜCKBLICK: "JUGEND UND DROGEN"

VON HARTMUT M. GRIESE

Jugend und Corona

Ein Erfahrungsbericht über die Folgen von Lockdown und Home-Office für Schüler bzw. junge Menschen (FAS vom 15. Mai 2022) schildert deren psycho-soziale Situation: „Nach dem Abitur ... bekam ich keinerlei Unterstützung. So wurden aus dem halben Jahr zwei antriebslose, aussichtslose, arbeitslose Jahre, die hoffentlich, aber nicht sicher, dieses Jahr enden“. Die Fehler der Schulen, fehlende Empathie beim Arbeitsamt, die Lethargie der Lehrer, das Desinteresse der Mitmenschen, unpassende Hilfen usw. führen zum resignierendem Fazit: „Viele junge Menschen haben psychische Probleme ... das eigene Ideal zu erreichen, scheint so gut wie unmöglich ... oft fehlen Therapieplätze ... die Arbeitsfähigkeit ist nicht erreichbar ... Ich bin Corny, 20 Jahre alt. Im März 2020 bin ich verschwun-

den. Und niemand hat sich Mühe gemacht, mich zu suchen“.

Knastdaten für Deutschland

Unser Staat gibt jährlich rund 3,7 Milliarden Euro für Gefängnisse aus, das sind 174 Euro pro Tag und Inhaftiertem (vgl. *chrismon*-Titelthema 7/ 2022). „In deutschen Gefängnissen sitzen etwa 44.000 Strafgefangene, rund 3.100 sind Jugendliche. Knapp 95 % aller Inhaftierten sind Männer“! Im Durchschnitt verbringen Jugendliche (!) 18 Monate in Haft. Etwa 10 % aller Inhaftierten sitzen sog. „Ersatzfreiheitsstrafen“ ab, d.h. sie konnten Bußgelder, z.B. für Schwarzfahren, nicht bezahlen; rund 75 % sind arbeitslos (gewesen) und ein Drittel suchtkrank. Eine große Anzahl, vor allem junger Menschen (Männer), macht so Knasterfahrungen, die ihr späteres Leben einschneidend beeinflussen (können) – obwohl sie im Grunde genommen keine Kriminellen sind, aber oftmals durch einschlägige Kontakte im Knast und das interaktive Eindringen in kriminelle Milieus später delinquent werden. So ist es kein Wunder, dass „die Rückfallquote innerhalb von 12 Jahren unter erwachsenen Gefangenen 67 % beträgt, unter Jugendlichen 84 %. Jeder dritte Erwachsene landet erneut im Gefängnis; bei den Jugendlichen jeder zweite“ – ist das Resozialisierung?



Jugendanstalt Raßnitz

„85.000 Süchtige im Land“

So überschreibt die MZ (Mitteldeutsche Zeitung) einen Artikel vom 9./10. Juli 2022. Dabei handelt es sich um eine Zunahme an Drogentoten, die wahrscheinlich auch durch die Corona-Pandemie und davon abhängigen psychischen Problemen beeinflusst ist. Die Pandemie hat die Suchtproblematik in Sachsen-Anhalt verstärkt. „Isolation und Home-Office haben Ängste und Stress verursacht“. Von den 85.000 geschätzten Suchtkranken gehen 40.000 auf das Konto von Alkohol (also knapp die Hälfte), weitere ca. 33.000 sind von Medikamenten abhängig, rund 6.000 haben Cannabis - Suchtprobleme und etwa 5.000 sind spielab-

hängig. „Es sind vermutlich mehr Drogentote als wir denken“, sagt die Vertreterin der Landesstelle für Suchtfragen, denn die Todesursachen sind nicht eindeutig. „Herz-Kreislauf-Versagen“ im Totenschein verschleiert die hohe Anzahl an Alkoholtoten. Aber „Alkohol ist gesellschaftlich akzeptiert“.

Cannabis und Alkohol

Die FAS (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung – unverdächtig also) überschreibt einen Artikel am 15. Mai 2022 mit „Legal kiffen“ und fährt fort mit den provozierenden Worten: „Die Koalition will Cannabis erlauben. Daher könnte man genauso fordern, Alkohol zu verbieten ... Cannabis und Alkohol sind Drogen, aber sie sind unterschiedlich gefährlich. An den unmittelbaren Folgen des Alkoholkonsums sterben in Deutschland jährlich mehr als 60.000 Menschen, an den Folgen des Cannabiskonsums kein einziger ... Und doch ist Alkohol der Mittelpunkt aller Weihnachtsmärkte, posieren Politiker lachend und schunkelnd mit Bierhumpen, gilt es als Zeichen der Bildung, gute Weine zu kennen“ – Was meinen die Leser dazu? **Briefe diesbezüglich bitte an die Redaktion.**

DER THEORIEBEITRAG: "MITTELSCHICHT" UND "BILDUNGS-BÜRGERTUM"

VON HARTMUT M. GRIESE

"Sie arbeiten, zahlen Steuern und stützen das Land. Nur: Sie können es sich kaum noch leisten."

Verdi-Chef Frank Bsirske

Ich vermute, alle Leser*innen dieser Zeilen zählen sich zur „Mittelschicht“. Soziologen haben im Laufe der letzten Jahrzehnte recht unterschiedliche Schichtmodelle für unsere Gesellschaft gezeichnet. Da war z.B. die Rede von der „Nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Helmut Schelsky) in den 60er Jahren, welche suggerieren sollte, dass die Mehrheit der Bürger sich in der Mitte der Gesellschaft wiederfindet. Andere Modelle unterteilten die Gesellschaft in Schichten: Oberschicht, Mittelschicht, Unterschicht, wobei Mittel- und Unterschicht jeweils noch in Ober-, Mittel- oder Unterschicht unterteilt wurden, sodass



man zu 7 Schichten in der Gesellschaft kam. Wieder andere beharrten auf der Klassentheorie und kannten nur Arbeit und Kapital bzw. Bourgeoisie und Arbeiterschaft. Die unterschiedlichen Schichtmodelle wurden dann gegen Ende des 20. Jahrhundert überwunden bzw. abgelöst durch ausdifferenzierte Milieukonzepte, wobei die SINUS-Milieus am bekanntesten wurden (SINUS ist ein Marktforschungs-Institut). Während Schichtzugehörigkeit primär durch „Einkommen, Bildung, Beruf“ gemessen wurde, schauten Milieukonzepte auf „Lebensstil“ und „Wertorientierung“. So gelangte man zu etwa 8-9 unterschiedlichen soziokulturellen Milieus, wie z.B. das „traditionell-konservative“, das „grün-alternative“ oder das „klassische Arbeiter-Milieu“. Nach 1990 wurden noch ostdeutsche und zuletzt „Migranten-Milieus“ dazu konstruiert, so dass Deutschland als pluralistische und heterogene, durch Vielfalt gekennzeichnete und multikulturelle Einwanderungsgesellschaft gesehen wurde. Diese akademisch-politische Milieu- und Lebensstilverliebtheit trat aber dann in den Hintergrund, da es nach der deutschen Einheit mehr und mehr um die „Mitte der Gesellschaft“ und die dort herrschenden Meinungen und Einstellungen, z.B. gegenüber Nationalismus, Extremismus, Antisemitismus usw. ging. Da war die Rede vom Rechtsradikalismus, der aus der Mitte der Gesellschaft kommt oder in die Mitte der Gesellschaft vorrückt. Und die Mitte der Gesellschaft, das ist die Mittelschicht. Seltsam ist nur, dass sich sowohl Reiche (z.B. Friedrich Merz) als auch Arme tendenziell zur Mittelschicht zählen, dass fast alle Bürger*innen zur Mittelschicht gehören wollen. Wenn dem so wäre, bräuchten wir den Begriff nicht für eine Sozialstrukturanalyse. Bei der Anwen-

derung des Begriffs „soziale Schicht“ geht man in der Regel vom „Einkommen“ aus, was den Begriff m.E. verkürzt (vgl. oben). Fakt ist, dass, nach Einkommen berechnet, „die Mittelschicht in Deutschland bröckelt“, d.h.: „Der Zugang zur Mittelschicht hat sich deutlich verschlechtert: 1995 zählten noch 70 % der Bevölkerung zur mittleren Einkommensgruppe, 2018 waren es nur noch 64 % ... Das Risiko, aus der Mittelschicht abzustiegen, hat in den vergangenen Jahren vor allem in der unteren Mittelschicht zugenommen. ... Zwischen 2014 und 2017 rutschten 22 % mit mittlerem Einkommen im erwerbsfähigen Alter in die untere Einkommensschicht und waren damit arm oder von Armut bedroht ... Gleichzeitig haben sich auch die Chancen, binnen vier Jahren in die Mittelschicht aufzusteigen, um mehr als zehn Prozentpunkte substanzial verringert“ (Bertelsmann Stiftung). Die Einkommensmittelschicht zerfasert, wird kleiner, was bedeutet, dass die Einkommensunterschicht gewachsen ist.

Mittlerweile spricht man auch von einer wachsenden „prekären“ Mittelschicht, die durch Abstiegsängste und Abgrenzungen nach unten charakterisiert sei. Diese prekäre Mittelschicht projiziert teilweise ihre Abstiegsängste auf „Ausländer“, „Flüchtlinge“, „Genderaktivisten“, „grüne Spinner“ usw. Es bildet sich ein neuer Nährboden für Verschwörungstheorien, für staatsfeindliche Aktionen (z.B. Impfgegner) und Systemgegner von rechts. In jüngster Zeit erschienen etliche auflagenstarke Bücher, die genau indiese Kerbe schlagen: „Wer arbeitet, ist der Dumme. Die Ausbeutung der Mittelschicht“. Ein weiteres Buch hat den Titel „Die Ausplünderung der Mittelschicht“. Gemeint ist jeweils die arbeitende, relativ gut situierte, sich als Leistungsträger definierende, aber von Arbeitslosigkeit oder sinkender Kaufkraft betroffene Gruppe, die sich von den „Unteren“ (Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger, Arme) abgrenzt. Nicht zuletzt hat die Corona-Pandemie gezeigt, wie schnell ein sozialer Abstieg möglich ist.

Die Folge sind Ängste und Abgrenzungen. Auch ein weiteres Buch vermittelt schon im Titel die Botschaft: „Melkvieh Mittelstand. Wie die Politik die Bürger plündert“. Zuletzt erschien noch ein seltsames Buch „Die Asozialen. Wie Ober- und Unterschicht unser Land ruinieren“, eine skurrile Solidarisierung mit der Mittelschicht und eine Kritik sowohl an Ober- wie an Unterschicht, welche den Staat ausnutzen und auf Kosten der Mittelschicht gut leben oder sich bereichern. So haben sich bestimmte Bilder und gesellschaftliche Deutungen einer Mittelschicht, die in ihrem üblichen Dasein bedroht scheint, in vielen Köpfen festge-

setzt. Es ist aber festzuhalten, dass natürlich „die Mittelschicht“ oder „der Mittelstand“ keine homogene Gruppe oder gar einen monolithischen Block darstellt. Andererseits rechnen sich fast alle Mitglieder der Gesellschaft, vom Millionär bis zum Niedriglöhner der Mittelschicht zugehörig, weil diese seit der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ positiv besetzt ist und niemand sich am Rand verorten will.

Andererseits herrscht die These vor, dass Deutschland eine „gespaltene“ oder eine „polarisierte“ Gesellschaft sei. Ein Blick auf die Einkommen und Besitzverhältnisse bestätigt diese Meinung, tendenziell verstärkt durch die Folgen der Corona-Pandemie. „Mittelschicht“ ist ein ambivalentes Verhältnis. Alle wollen dazu gehören, obwohl in der Realität große Risse durch die diffuse Mittelschicht gehen. Weitere, unser Thema tangierende Publikationen sprechen von der Angst auslösenden tendenziellen „Abstiegsgesellschaft“ oder vom „Mythos Mitte“. Fakt sei, so der Autor vom „Mythos Mitte“, dass wir es mittlerweile mit einem „konfliktentwöhnten Bildungsbürgertum“ zu tun haben (den Kindern der 68-Bewegung?), deren Empörung und Kritik sich nur nach unten äußert, die SPD und Die Grünen wählen und nicht gegen Ungerechtigkeit und Ungleichheiten oder gegen das „Sondervermögen“ von 100 Milliarden für die Bundeswehr rebellieren. Die „soziale Frage“ scheint keine Rolle mehr zu spielen. Das ist eine gefährliche Entwicklung: Ein Teil der Mittelschicht, die in prekären Verhältnissen lebt und Angst vor sozialem Abstieg hat, verstärkt in Corona- und Kriegszeiten, läuft Verschwörungstheorien, Corona-Leugnern und Impfgegnern sowie rechtsextremen Gedankengut hinterher, während eine andere Gruppe, das „Bildungsbürgertum“, sich von seiner gesellschaftlichen Verantwortung, der Gesellschaftskritik bis hin zur radikalen Reform, verabschiedet hat und sich nach unten abgrenzt und den Blick auf die „soziale Frage“ verloren hat.

Als „Bildungsbürgertum“, auch „Bildungsschicht“ oder „Bildungselite“, wird eine einflussreiche Gruppe in der Gesellschaft genannt, die akademisch gebildet, humanistisch orientiert und Wissenschaft und Literatur zugeneigt ist. Das Bildungsbürgertum entstand in Europa um die Mitte des 18. Jahrhunderts im Kontext der Herausbildung einer bürgerlichen Gesellschaft. Typische Bildungsbürger waren damals evangelische Pfarrer, Professoren, Ärzte, Juristen, reiche Kaufleute und Spitzenbeamte. Schule und Universitäten, Presse und Literatur, waren die Berufsfelder des Bildungsbürgertums

(bis heute). Diese damals kleine, elitäre Schicht hat sich durch Bildungsexpansion und gesellschaftlichen Strukturwandel (Industrialisierung, Aufweichen von Schichtgrenzen, Dienstleistungsberufe etc.) quasi aufgelöst und ist in ein umfassenderes Bildungsbürgertum aufgegangen. Bildungsbürger verfügen in der Regel über das, was der französische Soziologe Pierre Bourdieu „kulturelles Kapital“ (im Gegensatz zu ökonomischem und sozialem Kapital) genannt hat. Das klassische, zumeist als elitär beschriebene Bildungsbürgertum hat sich im 20. und noch stärker zu Beginn des 21. Jahrhunderts ausdifferenziert und quantifiziert, pluralisiert und spezialisiert, so dass von Elite oder elitär nicht mehr gesprochen werden kann. Die gesellschaftlich-politische Verantwortung ist aber geblieben, aber abgeschwächt. Viele sehen darin ein Grundproblem unserer Gesellschaft, das Fehlen von Verantwortung und Moral im Alltag und im Arbeitsleben sowie „bürgerschaftlichem Engagement“ in Fragen von Politik, Zukunft und „wie wir leben wollen“. Das sind klassische und nicht verzichtbare Themen eines progressiven, beruflich erfolgreichen, kompetenten und (links-) liberalen Teil der Gesellschaft, namentlich des Bildungsbürgertums gestern, heute und morgen. Diesem aufgeschlossenem „Weltbürgertum“ von Teilen des Bildungsbürgertums stehen aber viele Menschen der Gesellschaft gegenüber, die in prekären Situationen leben, Angst vor der Zukunft und sozialem Abstieg haben, Verschwörungstheorien nahe stehen, Wahlen verweigern und durch „diffuses Systemmisstrauen“ und „anti-intellektuellem Populismus“ zu charakterisieren wären.



Paulusviertel, Halle (Saale)



Halle-Neustadt, Halle (Saale)

Nun ist es aber so, und ich spreche aus Betroffenheit und Erfahrung, dass ein Teil der Mittelschicht oder sollte ich sagen, Teile des aufstiegsorientierten bildungsbürgerlichen Milieus, die in der Nachkriegszeit über Bildung bzw. das Abitur den sozialen Aufstieg in akademische Berufe geschafft haben, dass diese Gruppe der Nachkriegsjugend dann auch in

der Erziehung großen Wert auf Bildung, konkret Abitur, bei ihren Kindern gelegt hat. Und dieser Trend setzt sich fort (vgl. die PISA-Studien: Faktor soziale Herkunft). Konkret: In Deutschland, und jetzt spreche ich nur von der BRD, hat sich die Prozentzahl der Abiturienten von ca. 7 % in den 50/60er Jahren auf bis zu 35 % Ende des Jahrhunderts erhöht – eine neue Gruppe hatte sich durch sozialen Aufstieg in der Mittelschicht etabliert, die dadurch größer wurde. Diese Gruppe, nennen wir sie „aufstiegsorientiertes Bildungsbürgertum“, hat in der Regel relativ gut bezahlte Jobs für Akademiker bekommen (Lehrer, Ingenieur, Journalist usw. – weibliche Form mitdenken) und hatte natürlich ein Interesse an einer guten Ausbildung ihrer Kinder (Abitur und Studium), d.h. wiederum: Viele aus der nunmehr nächsten Generation konnten sich auch recht bequem in der oberen Mitte der Sozialstruktur verorten. Andererseits wurde dadurch die Anzahl der „Bildungsbürger“ immer größer, vor allem in Universitätsstädten. Fazit: Eine systemrelevante, gut (aus)gebildete, leistungsstarke neue Gruppe bzw. ein die Gesellschaft prägendes Milieu hatte sich herausgebildet und relevante Tätigkeiten in der Gesellschaft besetzt: Finanzwesen, Bildungssystem, Medien, Informatik, Ingenieurwesen, Politik, Kirche, Wirtschaft usw.

Und jetzt kommt's. Vertreter dieser akademischen Berufe mit relativ gutem Einkommen verdienen so viel, dass sie das Studium ihres Kindes/ihrer Kinder in der Regel selbst finanzieren müssen, d.h.: Trotz guter Ausbildung, gutem Job und gutem Einkommen bleibt nicht viel Geld für größere

Anschaffungen (Haus, Auto, Urlaub) – wenn die Kinder studieren, worauf die Eltern als soziale Aufsteiger natürlich stolz sind und sich teilweise mit dem Werdegang ihrer Kinder identifizieren. Bekannt sind mir u.a. die Fälle einer Pfarrersfamilie mit 3 Kindern, eines Studienrates mit 2 Kindern, eines Ingenieurs mit 3 Kindern, eine „kleine“

Selbstständige mit 3 Kindern usw.

Bei reichen Familien (Oberschicht, Gehobenes Milieu) spielt ein (potentielles) Studium der Kinder finanziell keine große Rolle; nicht so gut verdienende (untere Mittelschicht wie Angestellte, Facharbeiter, Erzieher*in etc.) erhalten in der Regel – zu Recht – ein Stipendium für das Studium ihrer Kinder/ ihres Kindes. Bildungsbürger sind in der Regel wenig(er) konsum- und statusorientiert, dagegen aufstiegs- und leistungsbezogen; sie investieren in die (Aus)bildung ihrer Kinder haben häufig(er) kulturelle Interessen (Bücher, Theater, Konzerte). Sie stellen damit ein besonderes sozio-kulturelles Milieu innerhalb der Mittelschicht dar.

Die Realität ist – idealtypisch gesehen: Über mittlerweile 2-3 Generationen studierten zuerst die Eltern (die Mutter und/ oder der Vater), meist als typische soziale Aufsteiger und oft mit einem Stipendium – die Generation der sozialen Aufsteiger und Bildungsgewinner mit staatlicher Unterstützung („Deutschland brauchte Akademiker“). Diese erste Generation veränderte die Sozialstruktur und es bildete sich ein neues Milieu in der Mittelschicht, gut gebildet mit guten Jobs bei mittlerer Bezahlung (Idealfall ist der Studienrat, A 13). Von nun an müssen die Eltern das Studium der Kinder meist selbst bezahlen, obwohl sie auch relativ viele Steuern an den Staat abgeben und ein Studium wird natürlich im Bildungsbürgertum angestrebt. Nun schließt sich der Kreis: Das Bildungsbürgertum (der Studienrat, Pfarrer, Lehrer, Ingenieur, leitender Angestellter usw.) finanziert das Studium der Kinder selbst und zahlt noch Steuern an den Staat – der Staat verdient also doppelt: Steuern und kein Stipendium. In der Regel geht dieser Prozess weiter: Die Kinder studieren, bekommen einen guten Arbeitsplatz mit relativ guter Bezahlung und freuen sich, wenn ihre Kinder studieren (wollen). Bezahlen müssen sie das Studium selbst, aber der Staat kassiert noch Steuern. Die Studierenden aus dem Bildungsbürgertum, der klassischen Mitte der Gesellschaft seit dem 19. Jahrhundert, haben in der Regel einen Ferienjob, arbeiten neben dem Studium und finanzieren ihre Ausbildung zum Teil selbst.

Es gibt also eine Gruppe in unserer Gesellschaft, das Bildungsbürgertum, die systemrelevante Tätigkeiten ausübt, eine akademische Bildung (also langes kostenaufwendiges Studium) aufweist, das Studium ihre Kinder fördert und selbst finanziert, darauf stolz ist und die der eigentliche Träger des Systems ist.

Diese Gruppe wird, wenn man so will, vom Staat doppelt

ausgebeutet und zur Kasse gebeten, obwohl sie diesen Staat und seine Gesellschaft durch ihre berufliche Tätigkeit, durch Finanzierung der Ausbildung der Kinder und als Steuerzahler stärkt und quasi als Stütze der Gesellschaft ihr strukturelles Fundament darstellt. Das Bildungsbürgertum ist eine „stille Spezies“, „zahlt brav seine Steuern, geht wählen und findet sein Glück in Familie und Sportclub“ – und identifiziert sich mit der Karriere ihrer Kinder.

DAS AKTUELLE BUCH: **CHRISTOPH BUTTERWEGGE (2022):** **DIE POLARISIERENDE PANDEMIE. DEUTSCHLAND** **NACH CORONA. BELTZ VERLAG**

VON HARTMUT M. GRIESE

Prof. Dr. Butterwegge ist der wohl bekannteste, wenn auch oft umstrittene, aktuelle Armuts- und Ungleichheitsforscher in Deutschland. Er war Professor für Politikwissenschaft in Köln und wurde 2016 emeritiert. 2017 war er der Kandidat der LINKEN für das Amt des Bundespräsidenten.

Mit seinem aktuellen Buch versucht Butterwegge eine kritische Bilanz mit Schlussfolgerungen für die pandemiegeplagte Republik, konkret: für die durch Corona zunehmende ökonomische, politische und soziale Ungleichheit in unserem Land. Seiner Meinung nach hat Corona, einem Brennglas gleich, die Interessengegensätze und Konflikte zwischen den unterschiedlichen Schichten/ Milieus und politischen Lagern aufgezeigt und wie ein Katalysator im Prozess des gesellschaftlichen Auseinandertrifftens gewirkt.



Christoph Butterwegge

© Raimond Spekking

Butterwegge gibt einleitend einen historischen Überblick über Entstehung und Entwicklung, Ausbreitung und Bekämpfung von Seuchen allgemein und Corona im Besonderen und setzt diese Prozesse in Bezug zur jeweiligen Sozialstruktur der Gesellschaft. Als dann zeigt der Autor die „wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verwerfungen“, die durch die Pandemie nunmehr schärfer zu beobachten sind, konkret: Ökonomische und soziale Ungleichheiten sowie politische Zerrissenheit und Verunsicherung der Bürger*innen der Republik. Butterwegge widmet seine Analyse insbesondere den Folgen der Pandemie für die Generationen und Geschlechter und spricht von einer „Generation Corona“, von den Kindern und Jugendlichen der Ungleichheit und den Senioren als eine gefährdete Randgruppe der Gesellschaft. Es mangelt nach Butterwegge an „*Generationengerechtigkeit*“, junge Leute werden in Schule und Ausbildung - coronabedingt - vernachlässigt oder gar zum Sündenbock gemacht und die Bildungsbenachteiligung wird durch fehlendes Lernen in der Schule und durch ganz unterschiedlich ablaufendes home-schooling noch verstärkt.

Die bekannten Bildungsforscher Hurrelmann und Dohmen konstatieren mit Blick auf die Pandemie und ihre Folgen für Bildung und Erziehung:

||

Egal aus welcher Perspektive man die Auswirkungen der Corona-Pandemie auch betrachtet, die Ergebnisse passen zusammen und verstärken den Befund, dass es vor allem die Kinder und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien sind, die von der Pandemie überproportional beeinträchtigt sind und somit Gefahr laufen, zur Generation Corona zu zählen.

(Butterwegge, S. 200)

Trotz oder gar wegen dieser Defizitanalyse, die bei kritischen und engagierten Lesern Frustration und Wut auslöst, geht Butterwegge am Ende ausführlich auf „Lehren aus der Pandemie“ ein und stellt die These auf: Covid-19 kann als eine „Bewährungsprobe des Wohlfahrtsstaates und als Chance für eine sozial-ökologische Transformation“ der Gesellschaft und des Staates gesehen werden. Er zieht Konsequenzen aus der Krise für eine Veränderung des Bildungswesens und des Gesundheitssystems, diskutiert die

Debatte um das „bedingungslose Grundeinkommen“ als Nach-Corona-Sozialsystem und führt Argumente an für einen „inklusiven Sozialstaat“, eine „öffentliche Investitionsoffensive und ein gerechtes Steuersystem“ – letzteres das „Lieblingsthema“ des Autors.

Butterwegge skizziert soziale, wirtschaftliche und politische Ungleichheit als das „Kardinalproblem unserer Gesellschaft“ und Corona als Augenöffner für gesellschaftliche Probleme, die nun sichtbar(er) werden. Damit meint er vor allem den Gesundheitssektor, das Bildungssystem und die Wohnsituation in Deutschland. Er blickt auf die enormen Auswirkungen der Pandemie auf die Generationen, speziell auf junge Menschen und Senioren. In der Einleitung (die bekanntlich am Ende geschrieben wird) fasst er zusammen: „Letztlich erscheint Covid-19 als tiefe Krise für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“ – von daher wäre zu fragen: Was hält die Gesellschaft noch zusammen und „In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?“ (unser Zentralthema).

In Form von subjektiv ausgewählten Zitaten will ich die Intention des Buches aufzeigen: „Zwar verzeichneten alle Stände damals zahlreiche Todesopfer, den materiell bessergestellten Adeligen und Grundgrundbesitzern gelang es aber eher, von der Pest verschont zu bleiben“ (S. 14); „Die Tuberkulose war, stärker als andere Infektionskrankheiten, eine klassenspezifische Krankheit, eine Krankheit der Unterschichten“ (S. 19). Im Winter 2019/2020 „fehlte es an Personal und Material in den Krankenhäusern, die man in Profitmaschinen verwandelt hatte, ebenso wie in der Altenpflege“ (Bertz, S. 45); „Große Industriebetriebe wurden nicht vom Lockdown erfasst und zur Schließung gezwungen.



Demonstranten bei einer Anti-Corona-Demo

Dies diene hauptsächlich der Wettbewerbsfähigkeit des heimischen ‚Wirtschaftsstandortes‘ und entsprach der neoliberalen Standortlogik“ (S. 51); Die schon vor Covid „politische Zerrissenheit der Republik ... erweist sich als Resultat der politischen Ökonomie des Finanzkapitalismus“ (S. 88); „Die relative Armut befindet sich auf Rekordniveau und absolute Armut gibt es auch in Deutschland“ (S89); „Das private Vermögen konzentriert sich immer stärker bei wenigen (Unternehmer-)Familien“ (S. 93); die „wachsende Ungleichheit und die Spaltung zwischen Arm und Reich verstärken soziale Segregation und kann zur weiteren Abschottung der Milieus führen“ („Paradigma der Polarisierung“) (S. 103); „Zuletzt verstärkte der inflationäre Preisauftrieb, den gestörte Lieferketten, gestiegene Transportkosten sowie fehlende Rohstoffe und Vorprodukte mit verursacht haben, den sozio-ökonomischen Paternoster-Effekt – Arme als Krisenverlierer*innen – Reiche als Krisengewinnler“ (S. 113 und S.118); durch die Pandemie „wurde das Geschlechterarrangement retraditionalisiert“ (S.162); der „Bildungsbericht 2020“ äußerte die „Gefahr, dass sich die Schere zwischen sozial benachteiligten und privilegierten Kindern und Jugendlichen aufgrund der Covid-19-Pandemie weiter öffnen wird“ (S. 174); „Vielfach trat Zerstreung durch die Massenmedien an die Stelle von Erziehung durch die Eltern und von Bildung durch Lehrkräfte“ (S. 177); „Durch Covid-19 hat die Digitalisierung der Kinderzimmer, der Schulen und des Unterrichts einen kräftigen Schub erhalten“, so dass bereits von einer „Smartphone-Epidemie“ geredet wird (Gehirnforscher Spitzer).



Butterwegge liefert ausführliche und empirisch belegte Befunde über die polarisierenden Wirkungen der Corona-Pandemie und ihrer langfristigen Konsequenzen für die sozialstrukturelle Ungleichheit und die psychische Verfassung unserer Republik. Dies ist ausgezeichnet gelungen. Mir fehlt ein Eingehen auf die Wechselwirkungen zwischen Pandemie und Klimakatastrophe und deren Konsequenzen für jugendliches Befinden sowie innovative Gedanken zur Reichensteuer, Vermögensabgabe und Erbschaftssteuer – das gehört auch hierher. Was mich stört, sind die moralischen Appelle „müsste“ und „sollte“. Dies führte wohl auch dazu, dass der gesellschaftskritische Autor bei seinen „Lehren aus der Pandemie“ von deren Ausklingen ausgeht und äußerst idealistische Forderungen aufstellt. Letztlich leben wir – und das weiß Butterwegge wie kein Anderer – in einem „überforderten Staat“ inmitten eines Systems des sozialwirtschaftlichen Kapitalismus.

Debatte um das „bedingungslose Grundeinkommen“ als Nach-Corona-Sozialsystem und führt Argumente an für einen „inkluisiven Sozialstaat“, eine „öffentliche Investitionsoffensive und ein gerechtes Steuersystem“ – letzteres das „Lieblingsthema“ des Autors.

GASTBEITRAG: GENESUNGSBEGLEITUNG

VON KATJA HÄDICKE

Der Grundgedanke der Genesungsbegleitung ist kein neuer, aber in vielen Bereichen Deutschlands noch nicht so bekannter Hilfeansatz für Menschen mit stark hemmenden psychischen Belastungen bis hin zu diagnostizierten psychischen Erkrankungen. In vielen Europäischen Ländern ist die Erforschung dieser Hilfeansätze (Hilfeleistungen durch Peers, wie einer Genesungsbegleiter*innen) deutlich weiterentwickelt, so die Beispiele Niederlande oder auch Großbritannien. Seit Jahrzehnten findet dort eine direkte Integration von Genesenen in eigenständigen Berufsbildern statt. Menschen mit den Selbsterfahrungen in dem psychiatrischen System ehemalige Genesene und Therapierte werden hier in den Arbeitsmarkt mit entsprechenden psychiatrisch ausgerichteten Berufsbildern, ähnlich den Genesungsbegleiter*innen, sowohl im pflegerischen, beratenden bis hin zum eigenständigen wissenschaftlichen Bereich beruflich integriert. Das spiegelt sich sogar in universitären Angeboten wider, die ausschließlich für Betroffene seelischer Behinderungen sind. In den Niederlanden gibt es zum Beispiel Studiengänge, die man nur als Betroffener oder Genesener

von psychischen Erkrankungen absolvieren kann, um sich später im Psychiatrischen System einzubringen.

In Deutschland haben die Genesungsbegleiter*innen vielerorts immer noch ein Schatten- und Nischendasein und in vielen sozialen Bereichen sind sie noch völlig unbekannt. Dennoch zeigt sich langsam eine positive Entwicklung am Arbeitsmarkt. Im Jahr 2015 gab es, wenn überhaupt, nur stark vereinzelt ehrenamtliche Jobangebote nach dieser Weiterbildung. Ein Praktikum in Sachsen-Anhalt (Halle-Saale) während der Weiterbildung zu finden, war problematisch und mit viel anstrengenden Erklärungsleistungen verbunden. Seitdem hat sich viel getan. In den letzten eineinhalb Jahr findet man zunehmend und regelmäßig immer mehr Regionen, die Interesse am Einsatz von Genesungsbegleiter*innen haben, wie Bayern, Hamburg, Bremen, Erfurt und Dresden.

Die Betroffenen haben oft einen langen Leidensweg hinter sich und fühlen sich im Hilfesystem nicht verstanden oder fehl am Platz. Das Ziel der Genesungsbegleitung ist es eine neue erfahrungszentrierte Hilfeleistung in diesem Bereich der Erwachsenenbildung anzubieten. Menschen mit psychischen und seelischen Hemmnissen sind oft sensibler, sie fühlen sich oft nicht verstanden, sie haben häufig das Gefühl sie werden abgelehnt und ausgegrenzt. Durch in der Gesellschaft immer noch vorherrschende Vorurteile und auch Stigmatisierung werden negative Mechanismen immer wieder verstärkt und verstetigt. Menschen, die von seelischer Behinderung betroffen sind, nehmen den Zugang zu einem normalen, unbeschwerten, sozialen Leben oft nicht mehr wahr und benötigen hier besonders sensible Hilfestellungen.



Es bedarf hier einen besonderen niedrigschwelligen, feinfühligem und achtsamen Umgang, und darüber hinaus einen besonders sensiblen Blick für dieses Klientel, um eine Balance zwischen dem „wollen vs. können“ und „nicht wollen vs. nicht können“ auszubalancieren.

Die Erfahrungswelten der Betroffenen sind den meisten professionellen Helfern selbst nicht zugänglich, woraus ein Nicht-Verstanden-Fühlen resultiert. Auf der Seite der Helfer können zudem Berührungängste hervorgerufen werden und die gemeinsame Arbeit erschwert sein. Durch den Einsatz der Genesungsbegleitung kann dieser Zustand auf beiden Seiten aufgehoben und gemildert werden. Die Genesungsbegleitung fokussiert hier neben dem Peerdasein konkrete Handlungskonzepte. Dabei nutzt der Genesungsbegleiter nicht nur die Ansätze des Empowerment- oder auch des Recoveryansatzes, sondern lebt diese Ansätze und Erfahrungen durch seine persönlichen Krisenerfahrungen vor. Die Hilfeleistungen beruhen, bei dem Einsatz einer Genesungsbegleitung, auf dem aufgearbeiteten und therapierten Erfahrungshorizont eines Betroffenen, der hier ein besonderes Verständnis durch sein persönliches Erfahrungswissen aufbringen kann. So können besondere Vertrauensverhältnisse entstehen oder auch gute Vorbildfunktionen geleistet werden. Der Genesungsbegleiter kann somit als Anker, Brücke oder eine Art Leuchtturm fungieren, der auf eine besondere Art Hilfeleistungen anbietet und den Betroffenen in besonderer Weise stärkt. Der so sensibilisierte Blick im Hilfesystem kann somit Berührungängste abbauen und dadurch langfristig alle Hilfeleistungen besser optimieren.

Die seelisch kranken Menschen haben oft vergessen:

- dass sie wertvoll und glaubwürdig sind
- wie sie ihre Bedürfnisse selbst bestimmen und befrieden können
- was Chancengleichheit ist und wie man diese neu erfährt und einfordert
- soziale Verantwortung, Werte, Rechte und Chancen zu nutzen und müssen diese Menschen häufig erst neu ordnen
- darüber hinaus müsse sie in allen diesen Bereichen gestärkt werden

Die Methoden des Genesungsansatzes werden hier zielgerichtet, prozessorientiert und systematisch auf die jeweilige Zielgruppe oder Einzelperson bezogen und angewandt. Der Einsatz der Genesungsbegleitung hat hierbei die Aufgaben den Teilnehmenden zu helfen, den höchstmöglichen Grad an sozialer, geistiger Stabilität zu erreichen und wieder ein gesundes Maß an leiblichen Wohlbefinden herzustellen. Die angewandten Strategien können zielgerichtet eingesetzt werden oder sich auch im Maßnahmen- und Bildungsprozess entwickeln und ent-

fallen. Die oben genannten Ansätze des Empowerments und Recovery werden nun etwas enger beleuchtet.

Der Empowerment Ansatz

Der Leitgedanke des Empowerments ist die Ermutigung und Befähigung der betroffenen Personen, hierbei sollen die entsprechenden Personen ermutigt werden, ihre eigenen oft vielfach verschütteten, personalen und sozialen Ressourcen wieder zu finden, um die Fähigkeiten einer angemessenen Beteiligung und Kontrolle über die Gestaltung der eigenen sozialen Lebenswelt für sich neu zu erobern. Empowerment beschreibt Mut machende Prozesse der Selbststärkung, in denen Menschen in Situationen des Mangels, der Benachteiligung oder der gesellschaftlichen Ausgrenzung beginnen, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, in denen sie sich ihrer Fähigkeiten bewusstwerden, eigenen Kräfte entwickeln und ihre Ressourcen zu einer selbstbestimmten Lebensführung nutzen lernen. Empowerment – auf eine kurze Formel gebracht – zielt auf die Wiederherstellung von Selbstbestimmung über die Umstände des eigenen Lebens ab.

Empowerment steht für:

- Selbstermächtigung der problembetroffenen Personen
- professionelle Unterstützung für mehr Autonomie und Selbstgestaltung
- aus eigener Kraft Autonomie, Selbstverwirklichung und Lebenssouveränität zu gewinnen
- „sharing power“: die Abkehr von Paternalismus und „fürsorglicher Belagerung“
- Respekt vor der Autonomie des Betroffenen und Kooperation auf Augenhöhe
- neue Mentoren - Rolle der professionellen Helfer

Der Recoveryansatz

Der Recovery-Ansatz stellt den Menschen mit seinen Stärken und Potentialen – und nicht seine Defizite – in den Mittelpunkt, Chancen, Stärken und Entwicklungsmöglichkeiten werden fokussiert. Es geht darum, sich mit der eigenen Erkrankung und Fehlern auseinanderzusetzen, gescheiterte Lebensentwürfe und Selbstbilder abzulegen, den Umgang mit den eigenen Schwächen und Verletzlichkeiten zu lernen und darüber neue, positive Perspektiven für das eigene Leben zu entwickeln, um den Recovery - Prozess zu unterstützen, muss somit der Fokus -

hin zur Förderung des Wohlbefindens gehen.

Persönliches Recovery ist ein zutiefst persönlicher, einzigartiger Veränderungsprozess im Hinblick auf die Einstellungen, Werte, Gefühle, Ziele, Fähigkeiten und/oder Rollen eines Menschen im Leben und eine Möglichkeit, auch mit den Einschränkungen durch eine psychische Erkrankung ein befriedigendes, hoffnungsvolles und aktives Leben zu führen. Recovery beinhaltet, die Entwicklung einer neuen Bedeutung und eines neuen Sinns im Leben, während man über die katastrophalen Auswirkungen einer Krise hinauswächst.

A U S B L I C K

Im nächsten Heft wollen wir uns mit dem für (Sozial)Pädagog*innen wohl wichtigsten, allgemeinsten und daher komplexesten und somit kompliziertem Thema „Menschenbild(er) und Menschenrecht(e)“ befassen. Wie schon der Soziologe Hans-Peter Dreitzel 1969 in seinem bahnbrechenden Buch „Das gesellschaftliche Leiden und das Leiden an der Gesellschaft“ treffend sagte:

„Was einer vom Menschen denkt, entscheidet mit über seine Theorie und Praxis“

Und kein relevantes Thema ohne Weisheiten von Wilhelm Busch:

„Wie wolltest Du Dich unterwinden,
kurzweg die Menschen zu ergründen?
Du kennst sie nur von außenwärts.
Du siehst die Weste, nicht das Herz“

Und nicht zuletzt meinte Emanuel Kant, der wohl bedeutendste Philosoph der Neuzeit. Die erste Frage der Philosophie lautet:

„Was ist der Mensch?“

Antworten gibt es viele darauf – eben Menschenbilder! Jede(r) von uns hat eines (oder gar mehrere?).

Neugierig geworden? Prima!

Impressum:

AFoS e.V. (Verein für Ausbildung, Fortbildung, Fortschritt und Soziales), Amtsgericht Stendal, VR46748
Klosterstraße 10-12
06268 Querfurt

Vertreten durch den Vorstand:
Prof. Dr. Hartmut M. Griese
Dr. Christina Fischer-Griese

Texte: Prof. Dr. Hartmut M. Griese; Katja Hädicke

Bilder:

Olaf Meister (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jugendanstalt_Raßnitz.JPG), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode> - Seite 4

Felix Abraham (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Paulusviertel_Pauluskirche.jpg), „Paulusviertel Pauluskirche“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode> - Seite 7

© Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons)

([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Christoph_Butterwegge_\(9201\)-ab.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Christoph_Butterwegge_(9201)-ab.jpg)), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode> - Seite 8

Ivan Radic ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Demonstranten_bei_Anti-Corona-Demo_sprechen_sich_gegen_Impfung_und_für_Grundrechte_aus_\(50853441937\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Demonstranten_bei_Anti-Corona-Demo_sprechen_sich_gegen_Impfung_und_für_Grundrechte_aus_(50853441937).jpg)), „Demonstranten bei Anti-Corona-Demo sprechen sich gegen Impfung und für Grundrechte aus (50853441937)“, Cut out the Faces, <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/legalcode>